

DR. REINHOLD MITTERLEHNER
Bundesminister



Bundesministerium für
Wirtschaft, Familie und Jugend

Präsidentin des Nationalrates
Mag. Barbara PRAMMER
Parlament
1017 Wien

XXIV. GP.-NR
12881 /AB
21. Jan. 2013

zu 13145 /J

Wien, am 17. Jänner 2013

Geschäftszahl:
BMWFG-10.101/0354-IM/a/2012

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 13145/J betreffend „unberechenbare Einbußen in der Wohnungswirtschaft“, welche die Abgeordneten Dr. Susanne Winter, Kolleginnen und Kollegen am 23. November 2012 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu den Punkten 1 bis 6 der Anfrage:

Für das Mietrechtsgesetz sowie für das Wohnungseigentumsgesetz ist ausschließlich das Bundesministerium für Justiz zuständig.

Im Bereich der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft liegen keine Zahlen zu jährlichen Mietzinsminderungen vor; es handelt sich aber jedenfalls nur um Einzelfälle.

